

«Wenn man wirklich was ändern will, dann hilft nur eine Quote»

Interview Landtagspräsident Albert Frick könnte sich eine kurzfristige Geschlechterquote im Landtag vorstellen. Schliesslich kenne der Landtag bereits andere Formen von Quoten, betont er im «Volksblatt»-Interview.

VON DORIS QUADERER

«Man muss es realistisch sehen, wenn man die Situation wirklich ändern will, dann hilft kurzfristig nur eine Quote», stellt Albert Frick im Interview klar. Denn so hätten die Frauen die Möglichkeit, ihre Quali-

täten unter Beweis zu stellen. Ihm ist jedoch auch bewusst, dass eine Geschlechterquote politisch kaum durchsetzbar wäre. «Ich begreife, dass dieser Ansatz vielen Leuten nicht passt, weil es einen Eingriff in die Wahlfreiheit darstellt», erklärt der Landtagspräsident, merkt jedoch an, dass auch die Wahlkreise Unterland und Oberland oder auch das Proporz-System eigentlich Formen von Quoten seien. Dadurch kämen nämlich auch Personen in den Landtag, welche von deutlich weniger Stimmbürgern gewählt worden seien als andere.

Albert Frick sieht aber auch andere Wege, um Frauen zu fördern. Mit gutem Beispiel voran gehe der Staat bei der Besetzung von Stellen: «Da wird

verstärkt darauf geachtet, dass Frauen zum Zug kommen», betont Albert Frick. Dieses Vorgehen zeige durchaus Wirkung: Beispielsweise habe es vor einigen Jahren noch kaum Richterinnen gegeben, mittlerweile seien beim Landgericht die Hälfte der Richterposten mit Frauen besetzt, so Frick.¹

Mehr Geld für Familien

Auch zum Thema «Vereinbarkeit von Familie und Beruf» findet der Landtagspräsident deutliche Worte: «Es ist ein Verschleiss an Kapital und auch an Kompetenz, wenn man diesen Frauen nach der Mutterschaft nicht die Möglichkeit gibt, beruflich dranzubleiben. Frauen sollen sich ihren Kompetenzen entsprechend

einbringen und verwirklichen können. Auf der anderen Seite soll es immer auch möglich bleiben, sich vollumfänglich der Familie zu widmen, wenn dies gewünscht wird.» Um diese Situation zu verbessern, hat die FBP-Fraktion gestern ein Postulat vorgestellt. Dieses sieht vor, dass einerseits eine Erhöhung der **Kinderzulagen** aus der **Familienausgleichskasse** von der Regierung geprüft wird. Andererseits wollen die Postulanten eine Verlängerung der Blockzeiten an den Schulen und Kindergärten vorantreiben. Mit diesen beiden Kernelementen soll die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessert werden - unabhängig vom jeweiligen Familienmodell.

Seiten 3, 6 und 7